

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 28. Mai 2015.

Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung forderte Markus Raub die CDU auf, den Antrag der CDU zum Verbleib der Altstadtwache zurückzuziehen, weil der Oberbürgermeister bereits im März die Ministerpräsidentin gebeten hat, sich für den Erhalt der Altstadtwache einzusetzen. Die CDU zog diesen Antrag ebenso wie einen Antrag „Keine Planungssicherheit für die Freie Szene ohne Sitzung des Beirats für Tanz und Theater im Juni 2015“ zurück, weil ein Sitzungstermin bereits anberaumt ist.

Der Oberbürgermeister lehnte den Antrag der Linken, einen Tagesordnungspunkt öffentlich zu behandeln, mit Hinweis auf darauf, dass Personalien nur in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden können, ab. Der Antrag des Piraten, die 20 Uhr-Regelung aufzuheben, fand keine Unterstützung.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der FDP teilte die Verwaltung mit, dass die Verwaltung drei Gebäude des Landschaftsverbandes Rheinland besichtigt hat, um eine Eignung für die **Unterbringung von Flüchtlingen** zu prüfen. Die ehemalige Kindertagesstätte ist wegen Wasserschäden und Brandschutzmängeln nicht nutzbar. Für eine geschlossene Containeranlage plant der LVR den Abriss. Ein ehemaliges Stationshaus, das seit 22 Jahren nicht mehr genutzt wird, wird nur mittelfristig mit erheblichem baulichen und finanziellen Aufwand hergerichtet werden können. Konkrete Aussagen können noch nicht getroffen werden.

Anfragen

Die Verwaltung bestätigte aufgrund einer Anfrage von BÜ 90, dass der Landschaftsverband Rheinland mitgeteilt hat, dass wegen unbesetzter Stellen, der Steigerung von Denkmalwertgutachten und Klagen die Aufgaben seines Amtes für Denkmalpflege nur mit Verzögerungen erledigt werden können. Die Kommunen wurden gebeten, die Grundlagenermittlungen intensiver durchzuführen.

Die CDU fragte nach dem Schulbaucontrolling. Die Verwaltung teilte mit, dass in 2015 bereits 4,9 Mio Euro für Planungen ausgegeben wurden. Insgesamt werden 257 konsumtive Maßnahmen (21,1 Mio Euro), 58 investive Maßnahmen (10,1 Mio) und 76 bezirkliche Maßnahmen (3,3 Mio Euro) mit einem Gesamtvolumen von 34,5 Mio durchgeführt. Für schulorganisatorische Maßnahmen wurden weitere 6 Mio Euro bereitgestellt, von denen 1,9 Mio bereits gebunden sind. Weitere Maßnahmen betreffen den Ausbau des Ganztags: Am Litzgraben 28 a entsteht ein Ersatzneubau im Volumen von 8,6 Mio Euro. Für 2015 wurden 4,9 Mio freigegeben, davon sind bereits 2,8 Mio gebunden. Am Lessinggymnasium werden 2,5 Mio investiert, davon sind für 2015 0,94 Mio freigegeben, davon sind bereits 0,61 gebunden.

Die Landesmittel „Inklusion“ werden für den Bau von Aufzügen in den Schulen Helmholtzstraße und Stoffeler Straße verwendet. Datennetze werden in Schulen im Rahmen von übergreifenden Maßnahmen in drei Gebäuden durchgeführt im Volumen von 176.000 Euro (Rückerstr., Lennestr., Rather Kreuzweg). In acht weiteren Schulen werden Wlan-Vernetzungen im Volumen von 405.000 Euro durchgeführt.

Das Land stellt in 2015 19,3 Mio als Schul- und Bildungspauschale zur Verfügung sowie 685.000 Euro für Inklusion (diese Mittel fließen in die vorgenannten Maßnahmen ein). Für den Neubau einer Dreifach-Sporthalle am Lessinggymnasium erhält die Stadt eine Investitionszuwendung von 4,6 Mio, davon 2,7 Mio für 2015.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur „Sicherheit am Unteren Rheinwerft – was wird aus der Weißen Flotte?“, teilte die Verwaltung mit, dass keine Gefahr für Gäste und Beschäf-

tigte vom Café/Biergarten an den Kasematten ausgeht. Elektrische Mängel wurden zum Teil schon beseitigt, weitere Begutachtungen fanden vor wenigen Tagen da. Für die Beseitigung möglicher Mängel wird eine Frist gesetzt. Die Bezirksregierung beurteilt die MS Allegra als schwimmende Anlage und Anlegerstelle und ist für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis zuständig. Wenn diese erteilt ist, kann eine Gaststättenerlaubnis erteilt werden. Anbauten an den denkmalgeschützten Kaianlagen müssen entfernt werden, Markisen kann die Denkmalbehörde genehmigen. Der Betrieb des Verkehrs nach Kaiserswerth ist weiterhin möglich.

Aufgrund einer Anfrage des Republikaners teilte die Verwaltung mit, dass sich zum 1.5. 2560 Asylbewerber und -bewerberinnen in städtischen Unterkünften befanden. Weitere 278 ehemalige Asylsuchende mit verfestigtem Aufenthaltsstatus sind ebenfalls in städtischen Unterkünften, weil noch keine Wohnungen gefunden werden konnten. In diesem Jahr wird mit Kosten von 21 Mio Euro für die Unterbringung gerechnet zuzüglich 757.000 Euro für die Sozialbetreuung. Die Kosten je Asylsuchendem liegen bei 200 Euro/monatlich bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften bis zu 1000 Euro bei der Unterbringung in Hotels. Das Land wird sich voraussichtlich in Höhe von 8,5 Mio beteiligen. Bis Jahresende wird mit einer Steigerung auf 4200 unterzubringende Personen gerechnet.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Rohbauarbeiten für den Tunnel des 2. Bauabschnitts sind bis auf den mittleren Bereich abgeschlossen. Die Herstellung der Straßenanschlüsse an der Berliner Allee, der Blumen- und der Immermannstraße hat begonnen. Bis zum Beginn der Weihnachtsmärkte werden die Oberflächenbereiche an der Kö-Ost sowie an der Theodor-Körner-Straße abgeschlossen sein. Im Herbst wird mit den Oberflächenarbeiten an der Immermannstraße und der Berliner Allee begonnen. Die provisorische Inbetriebnahme des Nord-Süd-Tunnels kann im November erfolgen. Die Kostenprognose ist positiv stabil.

Anträge

Einstimmig beantragte der Rat aufgrund eines Antrags von FDP, SPD und BÜ 90, das bestehende Online-Serviceangebot um eine **Melde-App** für Smartphones zum Melden von Mängeln im Stadtbild zu ergänzen. Auf der Webseite soll ein „Mängelmelder“ implementiert werden. Die Verwaltung sagte zu, jeweils Rückmeldungen zu geben. Ein Ergänzungsantrag der CDU, der dies beinhaltete und zusätzlich forderte, die Mängel auf einer Karte auf der städtischen Internetseite zu verzeichnen mit dem zuständigen Fachbereich und Bearbeitungsstand, wurde von SPD, FDP, BÜ 90, Linken, Tierschutzpartei und freien Wählern abgelehnt.

Gegen die CDU wurde der Antrag von FDP, SPD, BÜ 90 **„Herzlich willkommen in Düsseldorf – A warm welcome to Düsseldorf“** beschlossen, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, bis 2020 in allen relevanten Verwaltungsbereichen Englisch als ergänzende Verkehrssprache zum Standard zu machen, die Fremdsprachenkompetenz der Beschäftigten zu fördern und weiterzuentwickeln und ein entsprechendes Qualifizierungsangebot zu entwickeln. Über den Alternativantrag der CDU, zunächst ein Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz der Beschäftigten zu entwickeln, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP beauftragte der Rat (gegen CDU, AfD, Tierschutzpartei, freie Wähler) die Verwaltung, eine **novellierte Stellplatzsatzung** einschl. der Stellplatzminderungsregelung vorzulegen. Sie soll Richtzahlen angelehnt am tatsächlichen Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarf enthalten. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, die unterschiedlichen Nutzungen der Gebäude (z. B. SeniorInnen-

wohnen, StudentInnen) und die Wohnungsgrößen sollen berücksichtigt werden. Über einen Alternativantrag der CDU wurde nicht mehr abgestimmt (bedarfsgerechte Regelungen, Sicherstellung der konkreten Nutzungen, sich änderndes Mobilitätsverhalten berücksichtigen).

Auf Antrag von SPD, BÜ90, FDP beschloss der Rat, der „**Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**“ beizutreten. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll ein Gleichstellungs-Aktionsplan unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden.

Die CDU beantragte die Einrichtung einer dezernatsübergreifenden **Koordinierungsstelle für Lärmschutz** nach einer fest vorgegebenen Konzeption. Dieser Antrag fand keine Mehrheit, sodass über den von SPD, BÜ 90, FDP eingereichten Änderungsantrag, die Verwaltung zu beauftragen, die aktiven Lärmschutzinitiativen in die Kleine Kommission Lärm einzuladen und zu beraten, wie das Thema Lärmschutz innerhalb der Verwaltung übergreifend gestärkt werden kann und zentrale AnsprechpartnerInnen geschaffen werden können, nicht mehr abgestimmt wurde.

Der Antrag der Linken, Verhandlungen mit dem Land aufzunehmen, um die Landes-Liegenschaft auf dem Gelände der **Ulmer Höh** per Vorzugsrecht zu erwerben, wurde nur von der AfD unterstützt.

Die Linke hatte einen Antrag eingereicht, den **Info-Pavillon** einer Verschrottung zuzuführen. Die CDU wollte die Verwaltung beauftragen, einen Kostenvergleich zwischen der Errichtung eines neuen Pavillons am Kamper Acker für die Nutzung als Café und der Demontage, dem Transport und Wiederaufbau des Info-Pavillons auf dem Kamper Acker zu erstellen mit dem Ziel, in der nächsten Ratssitzung die wirtschaftlichere Variante abstimmen zu können. SPD, BÜ 90 und FDP beantragten, zuvor den Verkauf bzw. die Abgabe an Dritte, z.B. auf Ebay Business anzustreben. Sollte kein Abnehmer gefunden werden, sollen die Verschrottungskosten durch Wiederverwendung von Bauteilen minimiert werden. Der Oberbürgermeister ließ zunächst über den Antrag der Linken abstimmen, der gegen CDU, Tierschutzpartei und Republikaner bei Enthaltung des Oberbürgermeisters und der AfD beschlossen wurde. Über die weiteren Anträge wurde nicht mehr abgestimmt, die Verwaltung erklärte jedoch, dass eine Ausschreibung über Ebay durchgeführt wird. Wenn der Pavillon bis 31.7. nicht abgeholt wurde, wird er verschrottet.

Auf Antrag der SPD verwies der Rat gegen die CDU einen Antrag der Linken und einen Änderungsantrag von BÜ 90 zur **lizensierten Abgabe von Cannabisprodukten** in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss.

Der Antrag der Linken, den **Kommunalen Arbeitgeberverband** aufzufordern, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten die geforderte Anerkennung und Aufwertung ihrer Arbeit erhalten und es schnell zu einem Tarifergebnis zu kommt fand mit dem Hinweis auf die Tarifautonomie keine Unterstützung.

Die CDU beantragte, entsprechend der Empfehlung der Regierungspräsidentin, ein **Risikomanagement** einzuführen. Die Verwaltung erläuterte, dass ein Risiko- und Chancenmanagement schon ohne den Hinweis der Regierungspräsidentin erarbeitet wurde, das in Kürze der Politik vorgestellt wird. Darüber hinaus wird der Zyklus des Controllingberichtes, der dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt wird, erweitert, indem es künftig zum 30.4., 30.6. und 30.9. Berichte geben wird (bisher 30.4. und 31.8.). Der Antrag wurde abgelehnt.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP und CDU beschloss der Rat einstimmig, die **Entgelte für**

die Teilnahme an Alphabetisierungskursen der Volkshochschule ab dem zweiten Semester 2015 abzuschaffen. Dies gilt auch für Anmeldegebühren und Materialumlagen. Hierfür stellte der Rat überplanmäßige Mittel in Höhe von 7500 Euro bereit.

Auf Antrag von SPD, CDU, BÜ 90 und FDP beschloss der Rat einstimmig, die Empfehlung des Integrationsrates zur Teilnahme an der **Städte-Koalition gegen Rassismus der UNESCO** anzunehmen, und beauftragte die Verwaltung, einen Beitrittsantrag an den Lenkungsausschuss zu erarbeiten.

Die Linken und der Pirat beantragten, alle vorhandenen **Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge** auf einen Hausanschluss/Übergabepunkt für **WLAN** zu überprüfen und die Kosten zu ermitteln sowie die zukünftigen Gemeinschaftsunterkünfte bei den Neubauplanungen der modularen Gemeinschaftsunterkünfte als Standard festzulegen. Unter Hinweis darauf, dass der runde Tisch Flüchtlinge die Verwaltung schon mit der Umsetzung beauftragt hat, lehnten CDU, Oberbürgermeister und 1 SPD-Mitglied den Antrag ab, BÜ 90, FDP und SPD enthielten sich.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm einstimmig zur Kenntnis, dass **Ermächtigungen** für konsumtive und investive Auszahlungen von 2014 nach 2015 übertragen werden mit der Konsequenz, dass sich das durch Entnahme aus den Rücklagen ausgleichende Jahresergebnis in Höhe von 33,4 Mio aufgrund des im Dezember 2014 beschlossenen Haushaltsplanes auf 62,6 Mio erhöht.

Der Rat beschloss einstimmig aufgrund eines Antrags der Fraktionen von SPD, BÜ 90/Die Grünen und FDP ein neues **Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten in Düsseldorf“**. Das Programm wird antragsgemäß auf gemischt genutzte Gebäude mit Gewerbe- und Wohneinheiten ausgedehnt und berücksichtigt ökologische und sicherheitsrelevante Aspekte bei der Festlegung der Förderhöhen. Das Förderprogramm war im Rahmen der Haushaltsberatungen um 0,5 Mio aufgestockt worden. Der Antrag der Linken, Dämmstoffe außerhalb der Baustoffklasse A1, A2, B1 und B2 nicht zu fördern, fand keine Mehrheit.

Der Rat beschloss einstimmig die **Erstattung von gezahlten Elternbeiträgen** für ausgefallene Betreuungstage aus Anlass von Streikmaßnahmen der Beschäftigten. Je ausgefallenen Betreuungstag wird 1/20 des monatlichen Elternbeitrages ab 11.5. erstattet. Auch das Verpflegungsgeld wird erstattet, hierfür bedarf es keines Ratsbeschlusses.

Der Rat beschloss einstimmig, ab 1.7.2015 **Preisreduzierungen** für die Inhaber der **Ehrenamtskarte** NRW auf den vom Sportamt verwalteten Sportanlagen (Arena-Sportpark, Sportpark Niederheid, Rather Waldstadion und Eisstadion).

Der Rat beschloss einstimmig die **Annahme von Spenden** für die Pflanzung neuer Bäume in Folge des Orkans Ela:

31.157,50 Euro Sachspende der Böhmann-Ilbertz GmbH & Co.KG

34.200 Euro Sachspende der Baumschule Hermann Schubert GbR

31.350,26 Euro Sachspende der Metro AG

50.000 Euro von der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH

40.000 Euro von der Provinzial Rheinland Versicherung AG

65.000 Euro vom Heimatverein Düsseldorfer Jonges e.V.

Eine weitere Spende eines Unternehmens in Höhe von 50.000 Euro nahm der Rat in nichtöffentlicher Sitzung an.

Einschließlich einer Landesförderung in Höhe von 579.779,68 Euro, mit der in 2014 Spen-

den privater Personen verdoppelt wurden, stehen 2,5 Mio Euro für die Neuanpflanzung von Bäumen zur Verfügung. Bis Ende März wurden 1200 Bäume nachgepflanzt.

Personalien

Der Rat beschloss einstimmig

- die Wiederwahl von Mitgliedern im Gutachtergremium für Entschädigungen beim U-Bahn-Bau, Vorsitzender ist weiterhin Dr. Wolfgang Wehler, städtische Beisitzer sind Anja Heurs und Thomas Verhofen;
- die Besetzung des örtlichen Beirats der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter). Die SPD wird vertreten durch Klaudia Zepunkte, Vertreter ist Rajiv Strauß.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- **Erneuerung der Lüftungs- und Klimatechnik im Verwaltungsgebäude Marktplatz 1-3.** Die 1959 und 1969 erstellten Lüftungsanlagen sind reparaturanfällig geworden. Für die Kälteanlage im Gebäude Marktplatz 1 ist die Betriebserlaubnis ausgelaufen, sodass die Anlage zum 1.1.2015 außer Betrieb genommen wurde. Diese Anlage soll als Sofortmaßnahme (Kosten sich 0,5 Mio Euro) bis zum 1. Quartal 2016 ausgetauscht werden. Außerdem sollen die beiden Lüftungsanlagen in diesem Gebäude ausgetauscht werden. Die Stromversorgungsanlage, die vom TÜV bemängelt wurde, wird erneuert, voraussichtliche Gesamtkosten 3 Mio Euro, Durchführung der Sanierungen zwischen dem 4. Quartal 2016 und dem 2. Quartal 2017.

Der Rat beschloss einstimmig die die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes:

- **Bau einer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Heerdter Landstr. 186.** Bis zum 1. Quartal 2017 wird die mit Beschluss vom 30.4.2009 geplante Jugendfreizeiteinrichtung auf einem Teil des Schulgrundstücks der Heinrich-Heine-Schule errichtet. Sie ersetzt die aufgrund des schlechten baulichen Zustandes in das Gebäude der Freizeitanlage Heerdts ausgelagerte Einrichtung am ehemaligen Standort Malmedyer Straße 3. Das zweigeschossige Gebäude hat im Erdgeschoss ein Café, das als multifunktionaler Aufenthalts- und Veranstaltungsraum ausgelegt ist. Ebenfalls variabel nutzbar ist der Bewegungsraum im Erdgeschoss. Vier Gruppenräume und ein Werkraum, Büros und Nebenräume verteilen sich auf die beiden Geschosse. Das Gebäude ist barrierefrei konzipiert. Gesamtkosten 3,8 Mio Euro.

Planungsrecht

Der Rat beschloss

- die Änderungen des Bebauungsplans **Münsterstraße/Nördlicher Zubringer** (Mörsebroich). In dem als Gewerbegebiet ausgewiesenen Gelände zwischen Münsterstraße und Nördlichem Zubringer werden nun Vergnügungsstätten und bordellartige Betriebe ausgeschlossen. Zugelassen werden nur Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten aus den Bereichen Bau- und Gartenmarkt, Möbel, Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugzubehör (einstimmig);
- die Flächennutzungsplanänderung **Schwannstraße** (Derendorf). Das Gelände der zum Standort Ottweilerstraße verlagerten Realschule „In der Lohe“ soll als Wohnbaufläche für ca. 160 Wohneinheiten ausgewiesen werden. Eine Kindertagesstätte ist vorgesehen, in den Erdgeschossbereichen der Wohnhäuser sind kleine Gewerbeeinheiten und Läden möglich. Entlang des Kennedydamms ist ein Gewerbegebiet zur Ansiedlung von Büros vorgesehen (gegen Piraten);

- die Flächennutzungsplanänderung **„Südlich Paulsmühlenstraße“** (Benrath). Das Gebiet wird von gewerblich genutzten und brachliegenden Gewerbeflächen geprägt. Auf einer Teilfläche befindet sich die Eissporthalle. Zur Neuordnung der brachliegenden Betriebsflächen der ehemaligen Firma BEA sollen Wohnbauflächen für ca. 400 Wohneinheiten und ein Sondergebiet für die Nahversorgung zur Sicherung des vorhandenen Lebensmittelmarktes ausgewiesen werden. Im Norden wird ein Gewerbegebiet ausgewiesen, in dem sich die Eissporthalle befindet (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**